

Wirtschaft kompakt

Energiewende

Windräder in der Nordsee liefern mehr Strom

Die für die Energiewende wichtigen Offshore-Windkraftanlagen in der Nordsee haben im vergangenen Jahr rund acht Prozent mehr Strom geliefert als 2023. Insgesamt seien 20,8 Terawattstunden (TWh) Windenergie an Land übertragen worden, teilte der Netzbetreiber Tennet. Im Jahr zuvor seien es noch 19,24 TWh gewesen. Mit den 20,8 TWh Strom könnte rein rechnerisch der Jahresbedarf von rund 6,5 Millionen Haushalten gedeckt werden. Die gesamte Windstromerzeugung an Land und auf See in Deutschland bezifferte Tennet 2024 auf rund 150 TWh. Der Anteil des Nordseestroms lag dabei wie schon im Jahr zuvor bei rund 14 Prozent. Die Windanlagen in der Ostsee wiederum – sie liegen im Netzgebiet der Firma 50 Hertz – erzeugten nach Tennet-Angaben im vergangenen Jahr 4,89 TWh. Die Kapazität der Windparks in der deutschen Nordsee sei im vergangenen Jahr um 281 Megawatt auf 7387 Megawatt gestiegen. (dpa)

Bürokratie

Brüssel verspricht rigorosen Abbau von Regeln

Die EU-Kommission verspricht in einem Entwurf zur kommenden Wirtschaftspolitik ein vehementes Vorgehen gegen Bürokratie. Die Behörde werde eine beispiellose Anstrengung für mehr Vereinfachung leisten, heißt es in einem Entwurf zu einem Strategiepapier, das kommende Woche offiziell vorgestellt werden soll. Der erste Vorstoß solle Vereinfachungen in den Bereichen Berichterstattung über nachhaltige Finanzen und Sorgfaltspflichten bringen. Dabei kann es beispielsweise um das europäische Lieferkettengesetz gehen, mit dem große Firmen etwa für Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten verantwortlich gemacht werden sollen. Zuvor hatten unter anderem das Onlineportal *Euractiv* und das *Handelsblatt* über den Entwurf des sogenannten Wettbewerbskompasses berichtet. In dem gut 20 Seiten langen Dokument umreißt die Kommission ihre Prioritäten für die kommenden zwei Jahre. (dpa)



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will den Bürokratieberg abtragen. Foto: M. Skolimowska, dpa

Online-Plattform

Musk ist unzufrieden mit X-Geschäft

Elon Musk beklagt sich laut einem Medienbericht über das Geschäft seiner Onlineplattform X. „Unser Nutzerwachstum stagniert, der Umsatz ist nicht beeindruckend – und wir kommen kaum über die Runden“, zitierte das *Wall Street Journal* aus einer E-Mail an die Mitarbeiter. Von Musk oder der von ihm eingesetzten X-Chefin Linda Yaccarino gab es zunächst keinen Kommentar zu dem Bericht. X baut auf dem Kurznachrichtendienst Twitter auf, den Musk im Oktober 2022 für rund 44 Milliarden Dollar kaufte. Da die Firma seitdem nicht mehr an der Börse notiert ist, gibt es keine öffentlich zugänglichen Informationen dazu, wie das Geschäft läuft. Bekannt ist allerdings, dass die Umsätze nach der Übernahme einbrachen. Musk sagte mehrfach, die Erlöse hätten sich in etwa halbiert. Unterdessen fängt auch der Facebook-Konzern Meta an, bei seiner X-Alternative Threads Werbeanzeigen zu platzieren. (dpa)

Hier läuft der Jobmotor Energiewende

Krisen können genutzt werden, um neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Das sagt der Chef der Alois-Müller-GmbH nicht nur. Er setzt es mit seinem Unternehmen auch um.

Von Andreas Berger

Ungerhausen Vom Klempner und Heizungsmonteur zum Anlagenmechaniker und Energietechniker – schon an diesen Berufsbezeichnungen seiner Angestellten ist zu erkennen, wie sich das Unternehmen von Andreas Müller, Geschäftsführer der Alois Müller GmbH in Ungerhausen (Kreis Unterallgäu), in den vergangenen Jahren gewandelt hat. 1973 haben es die Eltern von Andreas Müller gegründet, Alois und Elfriede Müller. 1998 stiegen die Söhne Andreas und Steffen ein – und wandelten im Laufe der Jahre den Heizungs- und Sanitärbetrieb in ein Energietechnologie-Unternehmen um.

Heute hat es 1000 Mitarbeiter an 15 Standorten in Süd- und Ostdeutschland und macht einen Umsatz von knapp 250 Millionen Euro. An etwa 20 Energiegesellschaften ist es beteiligt. Zuletzt hat die Alois-Müller-Gruppe etwa Teile des Kemptener Ladesäulen-Spezialisten Numbat übernommen. Auch in Österreich und der Schweiz ist das Unternehmen aktiv, das EU-Geschäft soll weiter ausgebaut werden – der Energiewende sei Dank.

Verlässt ihn da nicht manchmal der Mut, wenn er hört, dass der neue US-Präsident, Donald Trump, diesen Wandel teilweise wieder rückgängig machen will, etwa mit dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen? „Das macht mich nicht verrückt. Es wird auf der Welt immer wieder Autokraten geben, die populistische Entscheidungen treffen. Trump kommt, Trump geht“, sagt der 53-Jährige. Auch Amerika werde auf Dauer nicht um erneuerbare Energien herumkommen. Als Müller das sagt, locker zurückgelehnt, aber mit festem Blick, blitzt er durch, der Mutmacher.

Doch was macht die Alois-Müller-GmbH eigentlich? Zunächst bietet das Unternehmen immer noch die klassischen Leistungen an den frühen Jahren des Betriebs an, etwa die Wartung einer Heizung im Einfamilienhaus und Installationen im Badezimmer. Doch die Bandbreite rund um Heizung, Lüftung, Sanitär, Kälte und Elektro ist heute wesentlich größer. So installieren die Beschäftigten beispielsweise Photovoltaikanlagen, statten Gärten und Parks mit Wasserspielen aus, bauen industrielle Kälteanlagen auf und vieles mehr.

Recht neu ist dieses Geschäftsmodell: In den Hallen am Stammsitz nahe der A96 bei Memmingen werden Energiemodule gebaut.



Andreas Müller, Geschäftsführer der Alois Müller GmbH in Ungerhausen (Unterallgäu), lehnt an einem Energiemodul, das per Lkw transportiert werden und zum Beispiel eine Wohnsiedlung mit Wärme versorgen kann. Foto: Andreas Berger

Das sind serienmäßig vorgefertigter Container, in denen jede Menge Technik steckt, mit der Wärme, Kälte und Energie möglichst klimaneutral erzeugt werden können. Ein solches Modul kann etwa mit Wärmepumpen ausgestattet werden. Bis zu sechs davon können an der Außenwand hintereinander geschaltet werden. Im Innern befinden

Die Firma baut schlüsselfertige Energiemodule.

det sich weitere Technik, etwa der Pufferspeicher. Darin wird, vereinfacht gesagt, überschüssige Wärme gespeichert.

Sind die Module fertig ausgebaut, werden sie auf Lkw geladen und schlüsselfertig zum Kunden gebracht. In Ulm haben etwa die Stadtwerke eine solche Einheit bestellt, um damit dezentral ein komplettes Quartier mit Wohnhäusern versorgen zu können, sagt Diplom-Ingenieur Müller. Die Energiemodule sind nach Ansicht des Geschäftsführers einer von vielen Weisen dafür, dass Krisen auch Chancen sein können: „Man kann sich über Veränderungen ärgern und erstarren. Oder man reagiert

darauf.“ Er entscheide sich für Letzteres. Wegen des Klimawandels sei es nötig, andere Energieerzeuger zu entwickeln. Damit hat er Erfolg. Zwei große deutsche Heizgerätehersteller sind auf das Unternehmen aufmerksam geworden. Mittlerweile arbeiten die Unterallgäuer mit beiden zusammen. Sie bieten ihren Kunden Müllers Energiemodule an – diese werden dann in der Zentrale in Ungerhausen gebaut. Eine Zusammenarbeit mit solch großen Unternehmen „wäre in der fossilen Welt wohl niemals passiert.“

Doch trotz solcher Erfolge ist nicht alles gut. Viele Unternehmen investierten derzeit nicht, hielten ihr Geld zurück. „Seit Beginn der ganzen Krisen erholt sich die Wirtschaft kaum noch. Das spüren wir deutlich“, sagt Müller. Gerade kleinere Unternehmen hätten Probleme. Zum Beispiel durch wachsende Bürokratie und immer komplexere Anforderungen. „Denen wird viel abverlangt.“ Auf der anderen Seite: „Die Chancen, die wir heute haben, sind so groß wie nie zuvor.“ Etwa mit Blick auf erneuerbare Energien und alles, was damit zu tun hat. „Viele Topunternehmer haben mir gesagt: In diesem Geschäft passiert die nächsten zehn

Jahre viel. Durch die Dekarbonisierung gibt es neue Dienstleistungen, neue Energietechnik und so weiter. Das ermöglicht neue Geschäftsmodelle“, sagt Müller. Jeder Betrieb könne überlegen, ob auch für ihn etwas dabei ist. Müller erzählt von einem weiteren Kunden: Der FC Augsburg möchte sein Stadion auf regenerative Energie umstellen, die Unterallgäuer sollen ihn beraten.

Andreas Müller nutzt erneuerbare Energie aber auch für sein eigenes Unternehmen. Er steht vor einem Bildschirm, etwa so groß wie eine Tischtennisplatte. Sein Finger tippt auf einige Symbole der interaktiven Tafel, dann hat er die gesuchte Grafik gefunden. „Jetzt, in diesem Moment, verbrauchen wir 450 Kilowatt“, sagt Müller. Zum Vergleich: Laufen in einem Haushalt gleichzeitig Herd, Backofen, Spülmaschine, Waschmaschine und Trockner, zeigt der Zähler in diesem Moment etwa zehn Kilowatt Verbrauch an. Andere Geräte wie Kühlschrank und Fernseher nicht eingerechnet.

Müller zeigt wieder auf die Grafik. Sie zeigt, wie viel Strom etwa die Beleuchtung gerade benötigt und die Kantine. Auch die Männer in der Produktionshalle, die gerade

mit ihren Schweißgeräten Metallrohre bearbeiten, tauchen in der Darstellung als Verbraucher auf. Nicht mit Namen natürlich, sondern als Abteilung Schweißerei. Energie fließt auch in die E-Autos. Der Fuhrpark ist bis jetzt zu 30 Prozent elektrifiziert. Zu sehen ist zudem, woher der Strom kommt. 50 Prozent liefert die Photovoltaikanlage: „Obwohl es gerade bewölkt ist.“ In sonnigeren Jahreszeiten liege der Anteil bei über 90 Prozent. Heute aber, an diesem grauen Januartag, muss der Verbrauch mit weiterer Energie aufgefangen werden.

So liefert das unternehmenseigene Blockheizkraftwerk gerade etwa 40 Prozent. Betrieben wird es mit Ökogas. Öko deshalb, weil die Menge des Kohlendioxids, die beim Gasverbrauch entsteht, an anderer Stelle wieder gebunden wird. Etwa, indem speziell dafür Bäume gepflanzt werden. Müller verteuert die fossilen Brennstoffe nicht, wie er sagt. Bis in Deutschland irgendwann komplett auf erneuerbare Energie umgestellt sei, werden sie noch benötigt. Allerdings sei es wichtig, nach und nach unabhängiger davon zu werden.

An dieser Energiewende wollten junge Leute teilhaben, sagt Müller. Der Fachkräftemangel sorgt daher weniger: „Jedes erfolgreiche Unternehmen sucht immer gute Leute. Aber vakante Stellen, die wir dringend besetzen müssten, haben wir derzeit nicht.“ Ob er sich sorgt, dass eine neue Bundesregierung die Energiewende ins Stocken bringt? Regenerative Energie sei mittlerweile günstiger als etwa Atomstrom. Der koste heute acht bis zehn Cent pro Kilowattstunde. „Man kann grünen Strom aber mit vier bis sechs Cent erzeugen.“ Die Zukunft seien Fernwärme, Photovoltaik, Windkraft, Speicherlösungen, E-Mobilität – und alles miteinander verknüpft: „Alle erfolgreichen Unternehmen richten ihr Geschäftsmodell danach aus. In der Wirtschaft glaubt keiner, dass wir zurück zu Atomkraft und Kohle gehen.“

Bayerns Mutmacher

Bayerns Unternehmen stehen vor vielen Herausforderungen: Energie ist teuer, Fachkräfte sind rar. Doch viele Unternehmerinnen und Unternehmer gehen voran und schaffen zusammen mit ihren Mitarbeitenden Innovation. In dieser Serie stellen wir „Bayerns Mutmacher“ vor.

Krankenstand sinkt erstmals seit zwei Jahren

Überraschung in der Fehlzeitendebatte: Deutschland liegt beim Arbeitsausfall in Europa nur im oberen Mittelfeld. Auch die Krankmeldungen gingen laut DAK im Jahr 2024 zurück.

Von Michael Pohl

Hamburg Der Krankenstand in Deutschland ist laut einer Studie der Krankenkasse DAK erstmals seit zwei Jahren wieder gesunken und bewegt sich der Untersuchung zufolge im oberen europäischen Mittelfeld. Insgesamt gingen die Ausfalltage 2024 im Vergleich zu den beiden Vorjahren um 0,1 Prozentpunkte auf 5,4 Prozent leicht zurück, wie aus einer unserer Redaktionen vorliegenden Analyse des Gesundheitsinstituts IGES im Auftrag der Kasse hervorgeht.

Demnach waren im vergangenen Jahr an jedem Tag durchschnittlich 54 von 1000 Erwerbstä-

tigen krankgeschrieben. Einen starken Rückgang gab es bei Atemwegserkrankungen wie Husten, Bronchitis oder Schnupfen mit rund acht Prozent. Der Arbeitsausfall wegen Muskel-Skeletterkrankungen wie Rückenschmerzen ging um rund sechs Prozent zurück. Einen Zuwachs um 5,7 Prozent gab es hingegen erneut bei den Fehltagen aufgrund psychischer Erkrankungen wie Depressionen. Das Institut wertete dabei die Krankmeldungen von 2,4 Millionen bei der DAK versicherten Beschäftigten aus.

„Es ist ein erstes positives Signal, dass der Krankenstand in Deutschland 2024 nicht weiter gestiegen ist, sondern leicht sinkt“,

sagt DAK-Vorstandschef Andreas Storm unserer Redaktion. „Ob daraus eine Trendwende wird, werden die nächsten Jahre zeigen.“ Der Kassenchef mahnte zugleich in der



DAK-Chef Andreas Storm mahnt zur Sachlichkeit in der Krankenstandendebatte. Foto: Christoph Soeder, dpa

Debatte um die Höhe der Fehlzeiten in Deutschland zu mehr Sachlichkeit. „Misstrauen ist ein Zeichen negativer Wertschätzung und als solches ein Gesundheitsrisiko“, warnte Storm.

Der starke Anstieg der Fehlzeiten von 4,4 auf 5,5 Prozent im Jahr 2022 gehe im Wesentlichen auf das damals neu eingeführte digitale Meldesystem zurück. Die elektronische Arbeitsunfähigkeitscheinigung wird dabei von den Arztpraxen automatisch den Krankenkassen übermittelt und kann dort von Arbeitgebern abgerufen werden.

Wie eine Sonderanalyse des IGES-Instituts für die Kasse zudem zeigt, liegt Deutschland laut

einer vergleichbaren OECD-Stichprobe auf Platz sieben von 28 untersuchten europäischen Ländern einschließlich der Schweiz. Dabei werden viermal im Jahr Beschäftigte nach Fehltagen in einer bestimmten Woche befragt. Zuletzt lag dabei Norwegen mit 10,7 Prozent Wochenarbeitszeitausfall an der Spitze, gefolgt von Finnland mit zehn Prozent. Deutschland liegt mit 6,7 Prozent hinter Frankreich mit 7,7 Prozent. Am wenigsten Arbeitsausfall gab es demnach in Griechenland mit 0,1 Prozent.

Die Untersuchung zeige, „dass Deutschland entgegen anderen Behauptungen doch nicht Europameister beim Krankenstand ist“, erklärte DAK-Chef Storm.